



Schwerin, 9. September 2013

Gute Arbeit – Gute Rente: Diskussionsrunde mit Manuela Schwesig, Sonja Steffen und Dr. Judith Kerschbaumer

Am 6. September 2013 fand eine Diskussionsrunde in Greifswald statt. Unter der Überschrift *Gute Arbeit – Gute Rente* haben sich rund 60 Frauen und Männer in der Alten Sternwarte zusammengefunden, um gemeinsam zu diskutieren.

Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, Landesvorsitzende der ASF, begrüßte die anwesenden Gäste, bevor sie das Wort an Sonja Steffen, MdB, abgab, die die Moderation der Veranstaltung übernahm.

Manuela Schwesig, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales MV und Mitglied im Kompetenzteam von Peer Steinbrück, hob in ihrem Grußwort noch einmal die wichtigsten Punkte des SPD-Regierungsprogrammes zum Thema Arbeit und Rente hervor: die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, die Einführung einer Solidarrente und die Angleichung der Renten in Ost und West.

Dr. Judith Kerschbaumer von ver.di stellte in ihrem anschließenden Referat anschaulich die wichtigsten Fakten rund um das Thema Rente da und verwies gleichzeitig auf die notwendigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und –vermeidung sowie auf die Positionen der einzelnen Parteien zur Bundestagswahl (vgl. Vortrag Dr. Judith Kerschbaumer).

Danach wurde diskutiert, zum Teil sehr emotional und nicht immer positiv. „Unsere Veranstaltung hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig den Menschen vor Ort das Thema Arbeit und Rente ist“, konstatiert Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, ASF-Vorsitzende Mecklenburg-Vorpommern. Dabei würden die Leute der SPD – nicht ganz zu Unrecht – vorwerfen, durch die Hartz-Reformen diesen jetzt stattfindenden Prozess begünstigt zu haben. Allerdings müsse man auch sagen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung in den letzten vier Jahren nichts getan hat, um hier Abhilfe zu schaffen. Im Gegenteil. „Die SPD dagegen hat ihre Fehler erkannt und will mit aller Kraft in der nächsten Legislaturperiode die entsprechenden Korrekturen anschieben“, so Kiefert-Demuth weiter. „Das geht aber nur, wenn wir in Regierungsverantwortung sind. Deswegen muss es heißen: am 22. September SPD wählen.“